Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 8gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 465. Halle, Sonnabend, den 4. Oktober. 1919.

Ernennung der neuen Minister.

Abg. Schiffer als Reichsjustizminister und Vizekanzler. — Oberbürgermeister Dr. Koch zum Innenminister ernannt. — Die Regierung an die Reichsdeutschen im Baltikum.

Schiffer und Koch als neue Minister.

WTB. Berlin, 4. Oktober. (Drahtnachricht.) Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Art. 53 der Verfassung den Abgeordneten Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Oberbürgermeister Koch-Kassel zum Reichsminister des Innern berufen und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut. Die Besetzung des neu zu bildenden Ministeriums für den Wiederaufbau wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen erfolgen. Minister David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angehören.

An die Truppen im Baltikum.

Ein Aufruf der Regierung.

WTB. Berlin, 4. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den noch im Baltikum stehenden Truppenverbänden angehören, einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Soldaten, Ihr habt die letzte Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums gelesen. Darin wird dem deutschen Volke mit erneuter Blockade, mit der Sperrung aller Kredite, mit der Verweigerung der Rohstoffzufuhren gedroht. Militärische Kreise der Entente

drängen zu erneutem Vormarsch.

Führende französische Blätter verlangen die Inbesitznahme des Ruhrgebietes und alles das, weil ein Teil der Deutschen unter den baltischen Freiwilligen das feindliche Land nicht verlassen wollen, obwohl durch dieses Vorgehen die Gefahr besteht, daß die mühsam verhinderte Hungersnot jetzt doch noch ausbricht.

Am 20. Oktober beginnt der militärische Vormarsch,

am 1. November erfolgt die erneute Verhängung der Blockade. Die Reichsregierung wendet sich an das Gewissen und das landmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Baltikum. Sie hat nie verkannt, daß die deutschen Soldaten auf Versprechen hin sich anwerben ließen, die nicht gehalten worden sind. Aber jetzt steht

viel Höheres auf dem Spiel.

Ein Volk hungert, wenn die deutschen Truppen nicht aus dem Baltikum abziehen. Wer sich nicht mitschuldig am Ruin des ganzen Volkes machen will, der füge sich dieser eisernen Notwendigkeit. Die Regierung kann und darf keinen Zweifel darüber lassen, daß sie jedes ihr zu Gebote stehende Mittel anwenden wird, um

die Räumung des Baltikums zu erzwingen.

Aber sie hofft, daß dieser Appell genügen wird, um den deutschen Soldaten zu zeigen, daß es hier nicht um das Interesse des Einzelnen geht, sondern um das ganze Volk. Folgt dem Befehl zur Heimkehr.

Die „Freiheit" übt sich im Landesverrat.

WTB. Berlin, 3. Oktober. (Drahtnachricht.) Die „Freiheit" setzt in ihrer Abendausgabe vom 3. Oktober ihre hinlänglich bekannten Versuche fort, die Reichsregierung im Auslande zu diskreditieren. Sie schreibt, daß Herr Noske geäußert haben soll, daß er nichts weniger wünsche, als daß die noch im Baltikum befindlichen deutschen Truppen samt und sonders in die russische Armee überträten, da er ihrer sonst nicht Herr werde. Daneben bringt sie ein Schauermärchen über die Bewaffnung der Einwohnerwehr als „zuverlässiges Organ der gegenrevolutionären Bestrebungen". Demgegenüber wird von berufener Seite festgestellt: 1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Baltikum erlassen, daß ein Uebertritt deutscher Soldaten zu den Russen streng verboten ist und das die zurzeit bei den russischen Truppen befindlichen Reichsdeutschen nach Deutschland zurückzukehren haben; 2. die Einwohnerwehren, die lediglich Polizeizwecken dienen, sind nur soweit bewaffnet, als es der Polizeidienst erfordert. Die Behauptung, alle unsere Waffenvorräte seien auf die Einwohnerwehr verteilt, ist eine gänzlich haltlose und durchsichtige Verleumdung.

Kabinettssitzung in Berlin.

Die Zurückziehung der Truppen aus dem Baltikum.

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutsche Regierung hat von einem neuen Ultimatum der Entente mit dreitägiger Frist weder eine offizielle noch eine inoffizielle Meldung erhalten. Heute nachmittag findet eine Kabinettsitzung statt, in der die baltische Frage zur Besprechung steht. Gestern ist an die im Baltikum befindlichen Truppen eine Aufforderung ergangen, den Rückmarsch nach Deutschland anzutreten. Gleichzeitig werden auch die in russische Dienste eingetretenen deutschen Soldaten aufgefordert, nach Deutschland zurückzukehren. Die deutsche Regierung wartet nun, ob dieser Aufforderung Folge geleistet wird. Es ist fraglich, ob die Aufforderung zur Rückkehr von den Soldaten, die in russische Dienste eingetreten sind, befolgt werden wird, da die deutsche Regierung nicht über die mindesten Machtmittel verfügt, um dieser Aufforderung Geltung zu verschaffen. Bekanntlich hat die deutsche Regierung der Entente die Entsendung einer gemischten Kommission nach Kurland vorgeschlagen, damit sich diese an Ort und Stelle von den dortigen Schwierigkeiten überzeugt, bisher ist jedoch dieser Vorschlag der deutschen Regierung seitens der Entente unbeantwortet geblieben. Ueberhaupt leidet der Verkehr zwischen der deutschen Regierung und der französischen Militärmission in Berlin zur Ueberwachung der deutschen Abrüstung an mancherlei Schwierigkeiten, da er nur auf schriftlichem Wege erfolgt.

Sozialdemokratisches Mischmasch-Ministerium in München?

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Verhandlungen über ein Zusammengehen der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen und Kommunisten haben in München begonnen. Der Landesverband der bayerischen Sozialdemokratie nimmt gegen die Bildung eines Ministeriums mit ausgesprochen bürgerlicher Mehrheit Stellung.

Münchener Kommunisten als Klub der Harmlosen.

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der neue Ausschuß der Münchener Kommunisten erließ heute eine Proklamation an die Genossen, die Oeffentlichkeit und die Behörden, die Kommunisten seien prinzipielle Gegner jedes Putschismus (wie der schöne Ausdruck lautet), ebenso prinzipielle Gegner aller nihilistischen Unternehmen, und daß die kommunistische Partei weder mit der Ermordung des Guteinspektors Blau (den die Münchener Kommunisten den Berliner Kommunisten zwecks Ermordung in die Hände lieferten), noch mit sonstigen terroristischen Geheimplänen etwas zu tun hätten. Man wisse, daß verschiedene Leute unter kommunistischer Flagge ihre eigenen selbstsüchtigen Pläne verfolgten. Bei weiterer Unterdrückung ihrer Partei seien die Kommunisten insbesondere nicht imstande, terroristische und nihilistische Arbeit zu verhindern.

Die neuen Teuerungszulagen.

WTB. Berlin, 3. Oktober. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte bei der Beratung des Postetats der Reichspostminister Giesberts mit, daß in Anlehnung an die den Beamten gezahlte Beschaffungsbeihilfe auch den Lohnangestellten, soweit nicht den Teuerungsverhältnissen bereits durch die Lohnbemessung Rechnung getragen ist, eine einmalige Zulage gezahlt werden soll. Die Beihilfen werden betragen für Verheiratete 600 Mark, für Ledige 400 Mark, für Kinder 200 Mark. An ledige Angestellte unter 21 Jahren werden die Beihilfen zur Hälfte gezahlt werden.

Wilson will fest bleiben.

Basel, 3. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Daily Telegraph meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing erklärte im Senat, daß die Regierung sämtliche Abänderungsanträge zum Friedensvertrag mit Deutschland ablehnte. Die Regierung des Präsidenten bestehe auf Annahme des Friedensvertrages mit Deutschland in der von den Alliierten beschlossenen Fassung.

Wilsons Erkrankung.

WTB. Berlin, 3. Oktober. Wie die „Cologne Post" meldet, ist die Krankheit Wilsons ernster als man angenommen hatte, und wenn auch eine kleine Besserung im Befinden gemeldet wird, so ist es doch nötig, daß er sich von den Geschäften völlig zurückzieht. Demgemäß mußte der Empfang des belgischen Königspaares und des britischen Botschafters Lord Grey auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Polnische Grenzüberfälle.

Breslau, 3. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das Oberkommando des 6. A.-K. mitteilt, hat eine polnische Bande den Posten bei Jedlin, östlich von Berun, angegriffen. Sie wurde abgewiesen. Bei Altenau wurden Uebergriffe der Hallerschen Truppen zurückgewiesen.

Ein belgisch-holländischer Vergleich?

WTB. London, 3. Oktober. Die „Times" melden aus Brüssel: Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Holland und Belgien am 9. Oktober wird Holland, das bisher nicht für ein Offensivübereinkommen mit Belgien war, bereit sein, den Großmächten eine gewisse Garantie zu geben. Der Pariser Korrespondent der „Liberte belge" meldet ferner: Die Großmächte schlagen vor, Holland und Belgien zur Annahme des folgenden Vergleichs zu bewegen: 1. Vereinbarung über die wirtschaftlichen Fragen, bezüglich deren eine Vereinbarung erzielt werden könne; 2. Holland gibt die Erklärung ab, daß es jede Verletzung Holländisch-Limburgs als casus belli betrachte; 3. Holland verpflichtet sich, sofort um Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

Für Kriegsschäden und Wiederaufbau.

-er. Berlin, 3. Oktober 1919.

Wiederaufbau-Minister oder Minister für die Kriegsschäden, was ist richtiger? Die Bezeichnung „für die Kriegsschäden" deckt den weiteren Begriff des neugeschaffenen Ministeriums. Man wird sich nach dem französischen Vorbild richten müssen. Die französische Regierung hat in ihrem Minister Loucheur nur einen Vertreter, der sich um alles kümmert, was sich auf Wiederaufbau, Kriegsschäden und Kriegskosten bezieht. Loucheur gibt in der Pariser Kammer Bescheid über die deutschen Kohlenlieferungen, die deutschen Zinszahlungen und über die Rohstoffe, die nach Deutschland gehen. Er verteidigt einerseits die Bestimmungen des Versailler Vertrages und nimmt andererseits sozusagen den Schuldner Deutschland in Schutz, wenn nationalistische Anfragen aus der Kammer heraus in ihren Zumutungen zu weit gehen. Loucheur ist ein sehr gewandter Mann, der aus der französischen Industrie kommend und mit weitem Blick begabt, die Kapital- und Wirtschaftsverhältnisse glänzend beherrscht. Es ist unbedingt erforderlich, daß der neue deutsche Minister seinem französischen Partner gewachsen ist. Er wird vor allem in der Kardinalfrage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens ein fertiges Programm vorlegen und gegen mancherlei Widerstände durchsetzen müssen. Haben wir ein solches Programm? Für die sozialistische Regierung Deutschlands kommt schon aus rein politischen Gründen viel darauf an, die Teilnahme der Arbeiterschaft am Wiederaufbau zu organisieren. In dieser Richtung ist bereits eine gewisse Vorarbeit geleistet worden. Zwei Mitarbeiter der deutschen Waffenstillstandskommission, Dr. Max Rudolf und Dr. Herbert Auerbach, haben kürzlich eine Denkschrift über die Grundsätze veröffentlicht, die für diese Organisation in Betracht kommen. Die Denkschrift, die sich mit theoretischen Erörterungen fast gar nicht befaßt, sondern hauptsächlich praktische Vorschläge macht, behandelt das Problem in allen Einzelheiten und die Vorschläge müssen in ihrer Gesamtheit als geradezu mustergültig bezeichnet werden. Als geeignete Form des Wiederaufbaues wird der rein staatliche Betrieb angesehen. Das private Unternehmertum wird aus zahlreichen Gründen abgelehnt. Von besonderem Interesse sind die Vorschläge über die Unterbringung und Verpflegung der Arbeiter, wobei an die Einrichtung von Wohndörfern gedacht wird. Diese Wohndörfer sollen aus Baracken in einem Ausmaß von 15 mal 13,50 Metern bestehen und für zwanzig Personen bestimmt sein, die in je fünf Schlafzimmern zu je zweien untergebracht sind. In der Mitte jeder Baracke befindet sich ein gemeinschaftlicher Wohnraum. Für Warmwasserversorgung und Zentralheizung ist Sorge getragen. Die Kosten einer Baracke werden mit 22—24 000 Mk. veranschlagt. Die interne Verwaltung des Barackendorfs ist auf dem Grundgedanken der Selbstverwaltung aufgebaut, so daß jede Baracke für sich einen kleinen Selbstverwaltungskörper bildet. Ein sehr breiter Raum ist der Verpflegungsfrage gewidmet, wobei von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die bisher vorhandenen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Lebensmitteln auch in der nächsten Zeit noch nicht behoben sein werden. Die Regierung wird bei den Verhandlungen nachdrücklichst die Forderung zu vertreten haben, daß die französischen Bestände für die Verpflegung herangezogen worden. Sollte Frankreich nicht in der Lage sein, für die deutschen Arbeiter eine ausreichende Menge Lebensmittel zu erübrigen, so müßte die deutsche Regierung die fehlenden Lebensmittel aus Nord- oder Südamerika oder Australien zu beschaffen suchen. Eine Zentralstelle, die am zweckmäßigsten ihren Sitz am Mittelpunkt des Wiederaufbaugebietes hätte, müßte errichtet werden. Die Zentralstelle soll auch für die Bekleidung Sorge tragen und jedem Arbeiter zwei Hemden, zwei Unterbeinkleider, zwei Paar Socken, vier Taschentücher, ein Handtuch, ferner einen Arbeitsanzug, ein Paar Schuhe, Kopfbedeckung, sowie kleinere Gebrauchsgegenstände, z. B. Handtücher, Zahnbürste, Kamm, Seife, kostenlos leihweise überlassen. Für die kulturelle Fortbildung sind Wander- und Dauerkinos, Wandervorstellungen, Vorträge, Bibliotheken und Lesezimmer in Aussicht genommen. Man denkt an Wanderbibliotheken, die aus etwa 5000 bis 8000 Bänden bestehen. Die ganze Organisation selbst wird wohl am wenigsten Schwierigkeiten machen. Man hat das ja im Kriege zur Genüge geübt. Aber worauf es ankommt, ist die politische Vertretung der deutschen Arbeit gegenüber Frankreich. Hier wartet auf den deutschen Wiederaufbau-Minister eine verantwortungsvolle, aber lohnende Aufgabe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191004010/fragment/page=0001
DFG

Die Gestaltung des Betriebsräte-Gesetzes

WTB. Berlin, 3 Oktober. In der heutigen Sitzung des Betriebsrätegesetzes der Nationalversammlung wurde ein von den Mehrheitsparteien vereinbarter Antrag einstimmig angenommen, wonach Artikel 1 des Betriebsrätegesetzes folgende Bestimmungen angefügt werden:

„a) Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) des Betriebes und des Arbeitgebers, sowie zur Unterstützung des Arbeitgebers in Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.

b) Sind in solchen Betrieben mindestens fünf Arbeiter und fünf Angestellte beschäftigt und einigen sich die Mehrheiten beider Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Obmann, so wählen die Arbeiter und Angestellten je einen Vertreiteobmann."

Beschlossen wurde ferner gegen wenige Stimmen, den Betriebsobmann in Gewerbebetrieben von fünf Arbeitern einzuführen. Ein Zentrumsantrag, wonach in landwirtschaftlichen Betrieben ein Betriebsobmann erst bei zehn Beschäftigten zu wählen ist, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden also den gewerblichen Betrieben gleichgestellt. Ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufstellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angestellten- und Arbeiterräten zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen fordert, wurde angenommen.

Der deutsch-polnische Vertrag.

WTB. Berlin, 3. Oktober. Der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehende deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil, Artikel 1 bis 5, verfügt die

Freigabe

aller aus Anlaß der polnischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangen genommenen Internierten und als Geiseln oder Schutzhäftlinge festgenommenen Personen, wobei sich Polen verpflichtet, die von ihm etwa noch festgehaltenen Heeresangehörigen oder ehemaligen Heeresangehörigen zu entlassen. Die eigentliche

Amnestie

wird in Artikel 6 bis 11 geregelt. Jeder vertragschließende Teil gewährt hierin volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abstimmungsgebieten, begangenen gerichtlichen oder disziplinarischen Strafhandlungen, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung zugunsten des anderen Teiles zurückzuführen sind. Die Straffreiheit hat auch die unmittelbare Folge, daß beschlagnahmte Gegenstände, Kautionen und ähnliche Leistungen, auch soweit diese etwa schon verfallen sind, den Berechtigten zurückerstattet werden. Schließlich sieht der Vertrag zum Vollzug und zur Auslegung des Vertrages die Aufstellung gemischter Kommissionen und ein

neutral geleitetes Schiedsgericht

vor. Die Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen, die keiner gesetzlichen Ratifikation bedürfen, treten unverzüglich in Kraft. Ferner ist polnischerseits zugestanden worden, daß bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen deutsche Vertreter in Posen und anderen noch zu vereinbarenden Orten jenseits der Demarkationslinie für die Vermittlung des Verkehrs und für die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Reichsangehörigen zugelassen werden. Freies Geleit und ungehinderter Verkehr mit den deutschen Behörden werden diesen Vertretern zugesichert. Endlich wird deutscherseits den Vertretern des polnischen Roten Kreuzes die ungehinderte Ausübung charitativer Tätigkeit zugestanden.

Verkehrsminister Bell in München.

WTB. München, 3. Oktober. Reichsverkehrsminister Dr. Bell traf am Donnerstag vormittag, von Berlin kommend, hier ein und hatte nach seiner Ankunft eine längere Konferenz mit dem bayerischen Verkehrsminister Frauendorfer. Nachher stattete der Minister dem Ministerpräsidenten Hoffmann und anderen Ministern Besuche ab und empfing sodann im Verkehrsministerium Vertreter der Beamtenorganisationen, des Landtages und der Presse, vor denen er sein wirtschaftliches, politisches und organisatorisches Vereinheitlichungsprogramm entwickelte. An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Minister den Satz: Verkehrseinheit mit weitgehender Konzentration. Bei der Organisation des Reichsverkehrsministeriums, namentlich bei der Durchführung der Verreichlichung, werde auf die berechtigten Wünsche und die Eigenart der Länder und Stämme Deutschlands alle Rücksicht genommen werden. Aus diesem Grundgedanken heraus sei beabsichtigt, vom Zeitpunkt der Verreichlichung der Eisenbahnen, also nach der Verfassung vom 1. April 1921, eine oberste Zentraleisenbahnbehörde für Bayern in München zu errichten. Der Minister teilte weiter mit, daß in nächster Zeit der Reichspostminister nach Bayern kommen werde. Am Abend kehrte Dr. Bell nach Berlin zurück.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 3. Oktober. (90. Sitzung.)

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 28.

Abg. Richter (D. Vpt.) fragt an, was die Regierung über die Mitteilungen Scheidemanns in Kassel vom 11. Sept. sagen könne, wonach er auf Grund sehr wichtiger Berichte den Friedensvertrag abgelehnt habe in der

Hoffnung einer baldigen gründlichen Revision.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Regierung wisse nicht, worauf Scheidemann seine Aeußerungen gestützt habe. Doch sollten dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten weitere Aufschlüsse gegeben werden.

Zur Interpellation der Abg. Dr. Heinze (D. Vpt.) und Genossen betreffend

Zahlung der Einfuhrzölle in Gold

erklärt

Reichsfinanzminister Erzberger, daß Verhandlungen mit den Alliierten schwebten, die in Kürze wieder aufgenommen werden würden. Vorher könne er keine Erklärung abgeben

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über das

Arbeitsentgelt für Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen.

Der Gesetzentwurf geht an den sozialen Ausschuß.

Es folgt die Interpellation Wachhorst de Wente betreffend Bewilligung weiterer Mittel zur

Errichtung von Kleinwohnungen.

Abg. Wachhorst de Wente (Dem.) begründet die Interpellation.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Die Regierung fordert 150 Millionen Mark über den bereits bewilligten Betrag von 500 Millionen hinaus. Diese 150 Millionen reichen aber noch nicht aus. Es wird sofort untersucht werden, wie auf anderem Wege geholfen werden kann.

Abg. Golzer (Soz.): Der Privatmann kann heute überhaupt nicht mehr bauen, sondern nur größere Verbände, Gemeinden usw.

Abg. Schirmer (Ztr.): Solange gestreikt wird, kommen wir nicht aus dem Wohnungselend heraus.

Abg. D. Mumm (Dn.) tritt für die Förderung der Landsiedelung ein.

Unterstaatssekretär Scheidt: Der Geschäftsgang in der Frage der Bewilligung von Zuschüssen hat Verzögerungen erlitten wegen Mangels an Mitteln. Insbesondere hatte der preußische Finanzminister Bedenken, die inzwischen behoben sind. Die Mietskasernen müssen ausgeschaltet werden. Die Flachbauten mit Garten müssen gefördert werden. Sehr erwünscht wäre ein ständiger Wohnungsausschuß bei der Nationalversammlung.

Abg. Henke (U. S.) empfiehlt die

Sozialisierung des Wohnungswesens.

Abg. Oertzen (Dn.) weist auf die sittliche Verwahrlosung hin, die mit der Wohnungsnot und mangelhafter Wohnungsgelegenheit immer verknüpft ist.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr: Nachtragsetat, Ausschußberichte.

Präsident Ebert auf der Frankfurter Messe.

„Der Wille zur Selbstbehauptung. — Unsere vornehmste Aufgabe. — Die Wiederanknüpfung der Beziehungen der Völker untereinander. — Ein Appell an die ausländischen Vertreter.

WTB. Frankfurt a. M., 3. Oktober. Reichspräsident Ebert ist heute früh zum Besuche der internationalen Einfuhrmesse hier eingetroffen. Er begab sich direkt nach der Meßhalle, wo er von Stadtrat Landmann mit folgender Ansprache begrüßt wurde:

„Die Einfuhrmesse ist eine Tat, ein Beweis des Vertrauens zum Reich. Der Entschluß zu ihrer Ausführung entstand in den Tagen des Friedensschlusses. In jenen Tagen den Optimismus zu bewahren und auf die Zukunft des Reiches zu trauen, erschien fast vermessen. Trotzdem wurde die Einfuhrmesse beschlossen. Im Hinblick auf das, was durch Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches seit dem Waffenstillstand bis zum Friedensschluß zur Konsolidierung der Verhältnisse getan ist, ist die Einfuhrmesse ein

Beweis des Vertrauens in die wirtschaftliche Besinnung der arbeitenden Stände.

Wir betrachten die Zusammenarbeit von Bürgertum und Arbeiterschaft als symbolisch, wenn unsere Politik und unsere Wirtschaft vor Erschütterungen bewahrt bleiben und Deutschland aus den Strudeln der Gegenwart herauskommen soll. Die Messe aber ist weiter ein Mittel, das Vertrauen des Auslandes zu erwecken. Die Messe ist schließlich ein Beweis des unumstößlichen Willens zur Selbstbehauptung allen feindlichen Gewalten gegenüber. Geben wir uns selbst nicht auf, bezichtigen wir uns nicht einer Schuld, die wir nicht haben, verlangen wir unser Recht unter den Kulturnationen."

Präsident Ebert antwortete:

„Ihr warmherziger Appell des Vertrauens und des Optimismus, den Sie beim Betreten der Frankfurter Einfuhrmesse an mich richten, findet bei mir freudigen Widerhall. Wir müssen es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, die Kräfte im deutschen Wirtschaftsleben mit allen Mitteln wieder zu beleben und zu fördern. Vertrauen und Zusammenarbeiten aller schaffenden Kreise des Volkes, der Bürger wie der Arbeiter, sind, wie Sie hervorheben,

die Faktoren, die uns eine Gesundung unseres inneren Wirtschaftslebens verbürgen.

In gemeinsamer Arbeit wird es uns auch gelingen, die Fäden wieder anzuknüpfen, die uns mit dem Ausland verbinden. Frankfurt hat auf diesem Wege mit der Eröffnung der Einfuhrmesse einen mutigen Schritt getan; möge ihm reicher Erfolg beschieden sein!"

Nach eingehender Besichtigung sämtlicher Meßgebäude, wobei der Präsident sich sehr befriedigt über das Gesehene aussprach, fand in der Festhalle ein Essen statt, bei dem Oberbürgermeister Voigt den Willkommengruß entbot. Hierauf antwortete der Reichspräsident:

„Haben Sie vielen Dank für Ihren überaus freundlichen Willkommensgruß, den ich aufs allerherzlichste erwidere. Frankfurt war immer eine unserer schaffensfreudigsten Städte. Mit zähem Fleiß, sicherem Weitblick und nie wankendem Mut hat Frankfurt aus eigener Kraft sich zu höchster Blüte emporgearbeitet. Diesem Geist der Schaffensfreude haben Sie, Herr Oberbürgermeister, so beredten und hoffnungsfrohen Ausdruck verliehen, daß ich nur dringend wünschen kann, Ihre Worte möchten überall tatbereiten Widerhall finden.

Ich besuche heute zum zweiten Male in kurzer Zeit eine deutsche Messe. Und wie vor wenigen Wochen in Leipzig, so tritt mir auch diesmal in der alten Handelsstadt Frankfurt das eindrucksvolle Bild eines nach Jahren schweren Daniederliegens

wieder erwachenden, lebendigen Wirtschaftsgetriebes

entgegen. Alle wichtigen Industrien haben hier ihre höchsten Qualitätserzeugnisse vor den Augen der heimischen und ausländischen Handelswelt zur Schau gestellt. Schon der flüchtige Eindruck eines kurzen Rundganges lehrt, in wie hohem Maße die deutsche Wirtschaft in den Monaten seit dem Waffenstillstand sich wieder auf ihre Friedensaufgaben eingestellt hat. Für den ernsten Willen und die Tatkraft der deutschen Industrie, trotz aller Schwierigkeiten

wieder vorwärts zu kommen,

spricht die überaus starke Beschickung der Frankfurter Messe. Besonders erfreulich ist aber, daß auch zahlreiche ausländische Aussteller gekommen sind, die damit den Willen bekunden, der ganz Deutschland erfüllt, nämlich die Völker wieder im weltwirtschaftlichen Verkehr, in gemeinsamer Kulturarbeit zu verbinden! Mitzuhelfen, dies Ziel bald zu erreichen, ist die große und schöne Aufgabe der Frankfurter Messe. Gern erfülle ich deshalb die Pflicht, den Vätern der Messe und allen, die bei der Durchführung des Werkes mitgearbeitet haben, herzlich zu danken im Namen des Vaterlandes.

Wir wissen ja alle, daß es den Männern des Wirtschaftslebens in erster Linie vorbehalten sein wird, die

Beziehungen von Volk zu Volk wieder anzuknüpfen

und zu festigen. So schwierig auch diese Arbeit ist, wir dürfen nicht verzagen. Die Völker sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen, und wirtschaftliche Notwendigkeiten lassen sich auf die Dauer nicht vergewaltigen. Europas und Deutschlands Schicksal sind eng miteinander verbunden, ja, ich glaube, heute mehr denn je; Deutschland ist bereit, bei der gemeinsamen Wiederaufrichtung des Völkerverkehrs nach Kräften mitzuhelfen und seine Wirtschaftspolitik darauf einzustellen. Nimmt man aber Deutschland die Möglichkeit, am friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker teilzunehmen, wird Deutschland der Weg zum Wirtschaftsleben der Völker versperrt, dann

unterbindet man seine Lebensader,

dann hindert man es auch an der Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen. Die Friedensbedingungen zwingen uns, bis zur äußersten Grenze der Selbstaufopferung zu gehen. Wir wollen den Bedingungen loyal gerecht werden. Aber die Notwendigkeit unseres Lebens muß man uns lassen, damit wir arbeiten können, vor allem müssen wir unsere Arbeitsfähigkeit wiedererlangen können. Unerläßlich zur Hebung der Arbeitsleistung unseres Volkes ist Förderung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen; wir brauchen auch Hilfe bei der Ordnung unseres zerrütteten Geldverkehrs. Das müssen unsere früheren Gegner einsehen.

Deshalb wende ich mich besonders an unsere ausländischen Gäste. Sie, meine Herren, aus den fremden Ländern, sagen Sie bitte Ihren Landsleuten, daß wir mit den Mitteln am Wiederaufbau der Welt mitwirken werden, die Sie hier auf der Frankfurter Messe in Warengestalt verkörpert vor sich sehen: mit deutscher Tüchtigkeit und Fleiß, mit der hohen Qualität deutscher Arbeit. Helfen Sie uns als Vermittler, vor allem aber

helfen Sie uns als Dolmetscher unserer aufrichtigen Absichten.

Dann wird durch die Frankfurter Messe ein neuer Stein dem mächtigen Bauwerk der Völkergemeinschaft eingefügt werden, das aufzurichten unser und unserer Kinder Lebensarbeit sein wird."

Am Nachmittag beabsichtigt der Präsident den Palmengarten zu besuchen und abends der Vorstellung des „Rosenkavalier" im Opernhause beizuwohnen.

Die Abgg. Matzies und Schumer (Dem.) erklären sich für das Gesetz.

Abg. Dr. von Kries (Dn.) bedauert, daß die Finanzierungsfrage noch nicht gelöst sei. Der Entwurf widerspreche noch in vielen Stücken dem demokratischen Programm.

Abg. Mehrhof (U. S.): Durch die Vorlage werden trügerische Hoffnungen erweckt, die sich nie erfüllen werden. Vor allem soll der große Latifundienbesitz aufgeteilt werden.

Abg. Held (D. Vpt.): Großzügige Bodenreform ist die Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres ganzen Wirtschaftslebens. Der Minister muß dafür sorgen, daß die Ausführung des Gesetzes solchen Beamten anvertraut wird, die dem Siedelungswesen volles Verständnis entgegenbringen.

Der Entwurf geht an den Siedelungsausschuß.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 2. März über die

Aufhebung der Familiengüter.

Abg. Dr. Kanitz (Dn.) wendet sich gegen die Verordnung. Die Fideikommisse haben niemandem geschadet. Das Privatrecht wird dadurch ganz unerhört angetastet. Ich beantrage, im Falle der Genehmigung der Verordnung, wenigstens solchen großen Familien, die bis zum 1. April 1921 die Aufhebung des Fideikommisses nicht selbst durch Familienbeschluß durchführen können, die erforderliche Zeit zu gewähren, um diese Familiengüter, die eine längere geschäftliche Lösung gebrauchen, dadurch vor der Zwangsauflösung zu bewahren.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) beantragt, den Auflösungstermin bis zum 1. April 1923 hinauszuschieben.

Die Verordnung wird genehmigt. Die Anträge Kanitz und Dr. Berndt werden gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Darauf wird die zweite Haushaltsberatung bei der

Verwaltung der direkten Steuern

fortgesetzt. Die Anträge auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien, auf Umgestaltung der Staatseinkommensteuer und auf Einschränkung der Steuervorrechte von Eingemeinden gehen an den Haushaltsausschuß.

Abg. Hauschildt (Soz.): Die untersten Stufen müssen bei der jetzigen starken Entwertung des Geldes sobald wie möglich von der Steuerpflicht befreit werden.

Abg. Goll (Dem.): Von dem Uebergang der Steuerhoheit auf das Reich befürchten wir eine

starke Bureaukratisierung der Selbstverwaltung.

Mit der Sozialisierung und Kommunalisierung darf nicht experimentiert werden.

Abg. Dr. Kähler-Greifswald (Dn.) bittet den aus Anlaß des Ueberganges der Steuerhoheit in die Reichsverwal-

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 3. Oktbr. (59. Sitzung.) Am Ministertische: Braun.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20.

Nach der Beantwortung einiger kleiner Anfragen folgt die erste Beratung des Ausführungsgesetzes zum

Reichssiedelungsgesetz.

Landwirtschaftsminister Braun empfiehlt die Vorlage zur Beschaffung des Landes. Freilich fehlt es an Geld; aber es muß für die Bereitstellung von Mitteln gesorgt werden, denn es gibt keine nützlichere Kapitalsanlage, als die für innere Kolonisation.

Abg. Dr. Schmittmann (Ztr.) ist mit den Grundzügen der Vorlage einverstanden, bemängelt aber manche Einzelheiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191004010/fragment/page=0002

tung mit übernommenen Beamten ein Rückkrittsrecht einzuräumen, falls ihnen der neue Dienst nicht gefällt.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung, vorher Anfragen.

Schluß 5¼ Uhr.

Wien vor einer neuen Lebensmittel-Katastrophe.

WTB. Wien, 3. Oktober. (Wiener Korr.-Bureau.) In der Stadtratssitzung erstattete der Bürgermeister Bericht über die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln. Für die nächste Woche fehlten an Mehl 492 Wagen. In der übernächsten Woche werde die Bevölkerung schwerlich mit Brot versorgt werden. Fleisch sei nur bis zum 1. November, und zwar 120 Gramm pro Kopf, vorhanden. Dazu komme in Wien die sehr große Futtermittelnot. Steiermark, Salzburg und Tirol hätten nur Getreidevorräte für einige Tage. Alle Schritte bei der Entente seien erfolglos gewesen. Die Amerikaner lehnten das Ansuchen ab, da die österreichischen Kredite erschöpft waren. Die Anträge der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen gegen den geplanten Verkauf von Kunstgegenständen als wirtschaftlich unzulänglich und die Lebensinteressen aufs empfindlichste berührend, und ein sozialdemokratischer Antrag auf rücksichtslose Anforderung aller internationalen Zahlungsmittel wurden angenommen. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zum Staatskanzler zu entsenden.

Die Bemühungen Lloyd Georges.

WTB. London, 3. Oktober. Lloyd George hat vier Stunden lang mit dem Vorstand des Eisenbahnerverbandes und dem der Transportarbeiter verhandelt. Als die Konferenz um ½9 Uhr abends aufgehoben wurde, war noch kein Ergebnis erzielt. Weiterberatung heute.

Französische Annäherungsversuche an die Rheinprovinz.

WTB. Versailles, 3. Oktober. Maurice Barres verlangte gestern in der Kammer Maßregeln, um die Rheinlande durch Handels- und Verkehrseinrichtungen, durch Tarife für Eisenbahnen und Wasserwege, durch ein Programm für öffentliche Arbeiten, hauptsächlich aber durch Kanalisierung der Mosel und der Saar, durch Banken und genossenschaftliche Einrichtungen, Arbeiter- und soziale Gesetze Frankreich so nahe wie möglich zu bringen. Aus diesem Grunde sollten gemischte Kommissionen aus Rheinländern und Franzosen eingesetzt werden. Er hoffe alsdann, daß diese Auffassung des Friedens bei den Rheinländern und im gesamten Deutschland die wünschenswerte Entspannung herbeiführe. Dieser Frieden müsse für die beiden Völker, die Geographie und Geschichte zu Nachbarn gemacht hätten, schöpferisch werden. Dazu sagt „Heure": Wir dürfen also hoffen, daß die Rechtsparteien auf die chauvinistischen und nationalistischen Hetzkampagnen in Zukunft verzichten, die sicherlich die wünschenswerte Entspannung nicht fördern würden.

Bolschewistische Krisis in Polen.

WTB. Amsterdam, 3. Oktober. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Warschau, daß in Polen eine ernste bolschewistische Krise besteht. Die kommunistischen Agitatoren machen überall für die Revolution Propaganda. Ihr Einfluß, auch im polnischen Heere, das bisher bolschewistenfindlich war, ist fühlbar. Die mächtige Sozialistenpartei geht mit den extremen Kommunisten zusammen.

Ungarische Royalisten an der Arbeit.

WTB. Budapest, 3. Oktober. Ungarisches Korr.-Bureau. Die Partei des ungarischen Königtums erläßt an das Volk von Ungarn aus Anlaß der Vorbereitung zu den Wahlen für die Nationalversammlung einen Aufruf und fordert die Bürger zum Eintritt in die royalistische Partei auf. „Wünschen wir", so heißt es in dem Aufruf, „daß nach der Präsidentschaft Michael Karolyis und nach der Räterepublik Bela Khuns auch weiter diese Staatsform bleibe, oder daß wir, den Traditionen der tausendjährigen ungarischen Nation entsprechend, mit der Krone des heiligen Stefan einen würdigen Nachfolger auf unseren Thron setzen? Die Wahl des Königs wollen wir der weisen Einsicht der Nationalversammlung überlassen."

Der Exkronprinz bei seinen Eltern.

WTB. Amsterdam, 3. Oktober. Der vormalige deutsche Kronprinz ist heute zu mehrtägigem Besuch seiner Eltern in Begleitung eines holländischen Regierungsvertreters von Wieringen nach Amerongen abgereist. Entgegen anderslautenden Nachrichten verlautet aus guter Quelle, daß der vormalige deutsche Kronprinz höchstwahrscheinlich auch den kommenden Winter auf Wieringen zubringen wird.

Deutsches Reich.

Um die Pfalz.

WTB. München, 3. Oktober. Die pfälzischen Abgeordneten des bayerischen Landtages veröffentlichen durch die Korrespondenz Hoffmann eine Erklärung, in der die Behauptung des „Pfälzer Volksboten", Präsident Winterstein habe den Pfälzer Abgeordneten 50 000 Mk. gegeben, um dafür zu arbeiten, daß die bayerische Pfalz bei Bayern bleibe, mit größter Entrüstung zurückgewiesen und erklärt wird, daß die Abgeordneten für ihre patriotische Arbeit in der Pfalz nie und von niemandem, auch nicht von einem Beamten der bayerischen Regierung, finanzielle Beihilfe erhalten hätten.

Was wird Koch tun?

WTB. Berlin, 3. Oktober. Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat sich heute Oberbürgermeister Koch, der gestern die Annahme des Reichsministeriums des Innern in Aussicht gestellt hatte, entschlossen, den Posten des Oberbürgermeisters von Düsseldorf, der ihm von der Mehrheit der dortigen Stadtverordneten angetragen worden ist, anzunehmen. Dagegen berichtet das „Berl. Tagebl.", daß der Genannte sich über die Annahme oder Ablehnung des ihm angebotenen Staatsamtes noch nicht habe entscheiden können.

Der Hamburger Fischerstreik.

WTB. Hamburg, 3. Oktober. Von 77 Fischdampfern befinden sich gegenwärtig zwei auf der Fahrt. Alle anderen liegen still. Die Lage ist unverändert. Täglich finden Verhandlungen statt, ohne daß bisher ein ersprießliches Ergebnis erzielt wurde.

Ausland.

Belgiens finanzielle Lage.

WTB. Brüssel, 3. Oktober. Bei der Beratung des Budgets erklärte der Ministerpräsident, wenn auch das Defizit ungeheuer groß sei, so sei die Lage doch nicht alarmierend. Belgien werde vor Ablauf des Etatsjahres einen gewissen Teil der Summe von 2½ Milliarden erhalten, die Deutschland vom 1. 8. 1921 ab an Belgien zu zahlen verpflichtet sei. Außerdem sei auf die Rückerstattung der Kosten für die Besatzungsarmee zu rechnen. Die Lage sei sicher ernst und gefährlich. Aber man müsse hoffen, daß die von Deutschland geschuldeten Gelder verfügbar gemacht und mit ihnen die belgische Industrie wieder belebt werden könne.

Bayerns Vertretung beim päpstlichen Stuhle.

WTB. München, 3. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Nachricht, wonach auch die bayerische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle aufgehoben worden sei, irrig ist. Die bayerische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle bleibt bestehen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 4. Oktober 1919.

Hundertjahrfeier des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins.

Die Feier seines 100jährigen Bestehens beging am Freitag mittag in der Aula der Universität der Thüringisch-Sächsische Geschichtsverein.

Der Stadtsingechor leitete die Feier ein mit dem Liede „Kommt Brüder, dieser Tag muß festlich sein". Der Ehrenpräsident des Vereins, Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Behörden, der wissenschaftlichen Körperschaften und den Rektor der Universität. Er gab jedoch einen Ueberblick über den Werdegang des Vereins. Auf Burg Saalek ist am 3. Oktober 1819 der „Thüringisch-Sächsische Verein für Altertumsforschung" gegründet worden. Er hat im Laufe der 100 Jahre die Schicksale des Vaterlandes innerlich miterlebt in bald freudvollem, bald leidvoller Anteilnahme. Wie das Vaterland damals nach schmachvollem Niedergang eine Wiederaufrichtung erlebt hatte, so hoffen wir, daß auch dem jetzigen Zusammenbruch ein Aufstieg folgen werde. Ihn herbeiführen, ist nur dadurch möglich, daß die Liebe zum Vaterlande neu entfacht wird und daß ein jeder seine Pflicht tut. Die Verwaltung des Vereins lag in der Hand eines Präsidenten, deren erster der Oberberghauptmann v. Veldheim war. Späterhin ging das Präsidium über an die Oberpräsidenten und zuletzt an die Landeshauptleute, in deren Händen es sich noch heute befindet. Dem eigentlichen Vorstand gehörten der Vizepräsident und der Sekretär an. Dem Präsidenten unterstanden in den einzelnen Landesteilen die Direktorien, unter deren Leitung sich vielfach Zweigvereine bildeten, die den Zusammenhang mit dem Zentralverein aus lokalpatriotischen Gründen verloren. Nach einem Niedergang des Vereinslebens Ende des vorigen und Anfang des jetzigen Jahrhunderts wurde 1908—11 eine Verfassungsreform vorgenommen, durch welche das Verhältnis des Vereins zur Universität, Provinz und Stadt Halle geregelt wurde. Die Ziele des Vereins sind neben wissenschaftlicher Forschung die Belebung, die Vertiefung des geschichtlichen Verständnisses und die Pflege und Stärkung der Liebe zur engeren und weiteren Heimat.

Hierauf gab der Sekretär des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins, Herr Prof. Dr. Sommerlad, in seinem Festvortrag einen Abriß der wissenschaftlichen Arbeit des Vereins. Der Verein ist ein Kind der deutschen Romantik und des deutschen Nationalempfindens, einer idealen Geistesrichtung, wie sie sich mit der großen Wiedergeburt des Vaterlandes eingestellt hatte. Der Verein sollte Teilnahme für deutsche Kunst, deutsches Recht, deutsche Sitte und Vorzeit wachrufen. Allgemein war in dieser Zeit ein Erstarken des Geschichtssinnes wahrzunehmen. So hatte der Frhr. vom Stein in Frankfurt am Main einen Verein für ältere deutsche Geschichtskunde gegründet. Die Gründer des Thüringisch-Sächsischen Vereins waren der Baukonstrukteur Bergler und der Naumburger Landrat Lepsius. Am Sonntag, den 3. Oktober 1819, fand die Gründerversammlung und am 4. Januar 1820 die konstituierende Versammlung statt. Nach 10 Jahren hatte der Verein 105 Mitglieder, darunter Goethe, die beiden Humboldt, die Brüder Grimm und viele andere berühmte Männer dieser Zeit. Seit 1823 hatte der Verein die Rechte eines Universitätsinstituts. Die Art und der Umfang der Forschung, der Sammlungen und Veröffentlichungen erfuhren im Laufe der Zeit mannigfache Abänderungen, über deren einzelne Phasen der Redner eingehend berichtete. Die Forschungen erstreckten sich bald nicht nur auf vorgeschichtliche, sondern auch auf historische Zeitalter. In der ersten Periode, bis 1850, fanden nur jährliche Sitzungen statt. Die Sammlungen umfaßten in erster Linie Baualtertümer und literarische Denkmäler. Die literarischen Sammlungen wurden der Universitätsbibliothek und die Baudenkmäler der Provinz für ein in Halle zu errichtendes Museum übergeben. Den Redner gab ein an der Hand der Vereinsforschungen sich ergebendes Bild über die politische Entwicklung der Provinz Sachsen. In der 2. Periode fanden monatliche Vereinssitzungen statt. Als Vereinsorgan dienten die „Mitteilungen" und „Neue Mitteilungen".

Der Redner schloß seine hochinteressanten Ausführungen, die wegen Platzmangels leider hier nicht wiedergegeben werden können, mit Worten der Hoffnung auf eine Wiedergeburt unseres zerrichteten Vaterlandes.

Herr Kgl. Rat Dr. Hans Lehmann, der gegenwärtige Präsident des Vereins, gab eine statistische Uebersicht über das Auf und Ab der Mitgliederzahl, die gegenwärtig 485 beträgt. Er erbat und erhielt die Zustimmung der anwesenden Mitglieder zur Ernennung folgender Ehrenmitgliedschaften: die Herren Professor Hiecke-Berlin, früherer Provinzialkonservator der Provinz Sachsen, Professoren Fester, Merker, von Stern von hiesiger Universität, Oberbürgermeister Dr. Rive, Geh.-Rat Friedensburg-Magdeburg und Archivdirektor Baillou-Charlottenburg.

Ansprachen hielten noch die Herren Geh. Rat Hiecke, Universitätskurator Dr. Meyer, Vertreter des Oberpräsidiums der Provinz, der Historischen Kommission Sachsen-Anhalt, Friedensburg, des Magdeburger Geschichtsvereins, des Magistrats Naumburg, der Akademie der Wissenschaften in Erfurt, des Kgl. Sächsischen Altertumsvereins und der Städtischen Oberrealschule. Begrüßungstelegramme waren eingegangen vom früheren Kaiser Wilhelm II. und vielen anderen Gönnern, ein handschriftlicher Gruß vom ehemaligen Kronprinzen.

Mit dem Beethovenschen Hymnus „Die Himmel rühmen" schloß der Festakt.

Der Verein akademisch gebildeter Zeichenlehrer Deutschlands nahm auf seiner Tagung Stellung zu organisatorischen, schulpädagogischen und kunstpädagogischen Fragen. Insbesondere wurde eine Eingabe an die deutschen Unterrichtsministerien über die zu erwartende Reichsschulkonferenz beschlossen, in der über die Stellung des Zeichen- und Kunstunterrichts im deutschen Bildungswesen und über eine berufsständische Vertretung der deutschen Zeichenlehrerschaft Wünsche geäußert werden. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme: Die Reform des gesamten Schulwesens hat vor allem das Ziel, unser Volk für den wirtschaftlichen Kampf der Zukunft zu rüsten. Für diesen Kampf hat die praktisch-technische und künstlerische Vorbildung der Jugend die gleiche Bedeutung wie die wissenschaftliche. Der Verein akad. gebildeter Zeichenlehrer Deutschlands erhebt auf Grund der Verhandlungen auf seiner Hauptversammlung am 1. bis 2. 10. 19 in Fulda die Forderung: a) Gleichstellung des Zeichen- und Werkunterrichts mit den wissenschaftlichen Lehrfächern, b) einheitliche Hochschulausbildung aller deutschen Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

Explosion einer Magnesiumflasche. Am Donnerstag nachmittag wurde die Feuerwehr nach der Gr. Ulrichstraße gerufen, wo in einer Drogerie eine Flasche Magnesium explodiert war. Zwei Personen trugen Brand- und Schnittwunden davon. Die Wehr trat nicht in Tätigkeit.

Provinzial-Nachrichten.

Der Streit um die Viehhaut.

Um dem argen Mißverhältnis, in dem die gegenwärtigen Höchstpreise für Schlachtvieh zu den Preisen, wie sie für Viehhäute gegenwärtig erzielt werden, bestehen, zu begegnen, hatte sich der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalt veranlaßt gesehen, folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalt fordert die Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen auf, Schlachtvieh nur an diejenigen Schlächter, Händler oder Viehkommissionäre zur Ablieferung zu bringen, die sich verpflichten, die Haut des abgeliefernden Tieres an den Landwirt zurückzuliefern zu einem Preise, der dem Höchstpreise zuzüglich der letzten Preisfestsetzung für Schlachtvieh entspricht."

Inzwischen ist die Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh vom 23. September 1919 bekannt gegeben worden. Auf Grund dieser Verordnung werden nach einer Bekanntmachung der Reichsfleischstelle für die Zeit bis zum 14. Oktober 1919 folgende Sätze des Mehrerlöses für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt: Rinder, ausgenommen Kälber, 54 Mk., Kälber 75 Mk., Schafe 60 Mk., Pferde 21 Mk. Hiervon würde der Viehhalter den dritten Teil erhalten, mit dem er keineswegs einverstanden sein dürfte.

Der Gemüseanbau in der Provinz Sachsen

ist in diesem Jahre ungefähr der gleiche wie im Vorjahre geblieben (vorjährige Flächen sind eingeklammert). Er hat abgenommen bei Meerrüben jetzt 9752 (10 524) Hektar und Weißkohl 2834 (2955), zugenommen bei Zwiebeln 3577 (3234) Hektar und anderen Kohlarten mit 1116 (1290) Hektar. Die Erträge sind aber weit hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Vielfach ist nicht halb soviel wie im Vorjahre geerntet. Die Ausfuhr des Gemüses nach dem Auslande wird daher im Interesse der Ernährung der eigenen Bevölkerung beschränkt werden müssen.

Aus dem Saalkreise, 3. Okt. (Die Arbeitsabschnitte der Zuckerfabriken,) welche sonst in der Regel Ende September oder Anfang Oktober zu beginnen pflegen, werden in diesem Jahre etwas weiter hinausgeschoben. Die Ursache liegt in dem verspäteten Beginn der Rübenernte. Bei der ungeheuren Bodenhärte bereitet das Roden der Rüben außerordentliche Schwierigkeiten. Allenthalben wird ein durchdringender Regen ersehnt, da sonst ein großer Teil der Wurzelfrüchte abreifen und im Boden verbleiben würde. Die Ernte selbst bleibt hinter den Erwartungen zurück, da bei dem Mangel an der nötigen Fruchtbarkeit auch die Rüben in der Entwickelung zurückgeblieben sind. Auch der Krautwuchs läßt zu wünschen übrig, so daß es leider auch an Futter mangeln wird, und zwar sowohl bei der Grünfütterung wie auch zur Einsäuerung.

Burgliebenau, 3. Oktober. (Einbruchsdiebstähle und kein Ende.) In der Nacht zum Freitag schlachteten Diebe in der hiesigen Pfarre den ganzen Bestand von 16 alten und 24 jungen Hühnern ab. In der Nacht zum Montag fielen auf dem hiesigen Rittergute 18 Gänse, Enten und Hühner den zweibeinigen Raubgesindel zur Beute.

Dölnitz, 3. Oktober. (Treuer Beamter.) Auf eine 30jährige ununterbrochene Tätigkeit auf dem Rittergute des Herrn Goedecke konnte der Vertreter der Gosenbrauerei Herr G. Schulze am 1. Oktober zurückblicken. Außer ihm sind noch verschiedene Arbeiter eine gleiche Zeitdauer und noch länger in derselben Wirtschaft tätig.

§ Burgörner, 3. Oktober. (Einen Einbruchsdiebstahl) unternahm die schon lange gesuchte Einbrechergesellschaft in der Verkaufsstelle der Mansfelder Gewerkschaft. Hier durchbrachen sie die Türfüllung und stahlen Kernseife und Lederschuhen.

Jena, 3. Oktober. (Eine Wahlniederlage der Unabhängigen.) Bei der Neuwahl des Arbeiterausschusses der Firma Carl Zeiß erhielten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter 14, die Gewerkvereinler 1 Sitz. Nach der parteipolitischen Gesinnung seiner Mitglieder setzt sich der neue Ausschuß zusammen aus 7 Unabhängigen, 6 Mehrheitssozialisten, 1 Kommunisten und 1 Demokraten. Dem vorigen Arbeitsausschuß gehörten an 12 Unabhängige, 2 Mehrheitssozialisten und 1 Demokrat. Die Unabhängigen haben also einen Sitz an die Kommunisten und vier Sitze an die Mehrheitssozialisten abgeben müssen.

Vermischtes.

Unwetter in Spanien.

WTB. Madrid, 3. Oktober. Reuter. Ganz Spanien, besonders die Provinzen Valencia und Murcia, werden von Sturm, Regen und Hagel heimgesucht. Der Eisenbahndienst ist fast vollständig unterbrochen. Nahezu die gesamte Provinz Valencia steht unter Wasser. Die Lage in der Stadt Cartagena ist sehr kritisch. Sie ist vollständig von Wasser umgeben. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

Ein Zwischenfall im Leipziger Zirkus Sarrasani.

WTB. Leipzig, 3. Oktober. Bei einer Filmaufnahme im Zirkus Sarrasani kam es heute zu einem ernsten Zwischenfall. Die bekannte Filmschauspielerin Fern Andra, die die Rolle einer Elefantendressurin spielte, ließ einen Elefanten, während sie selbst am Boden lag, auf sich niederbeugen. Dieser vom Direktor Stosch-Sarrasani seit Jahren vorgeführte Trick mißlang diesmal, weil das Tier vor der unbekannten Vorführerin scheute. Der Elefant ließ sich plötzlich mit Gewalt niederfallen, und Fern Andra wäre zerquetscht worden, wenn Direktor Stosch-Sarrasani den Elefanten nicht zur Seite gezerrt hätte. Er kam dabei selbst unter dem 90 Zentner schweren Körper zu Falle und zog sich eine schwere Quetschung des rechten Beines zu.

Der erste Rohöldampfer in Hamburg eingetroffen. Nachdem bereits vor einiger Zeit ein Dampfer mit amerikanischem Schmieröl, also mit Fertigprodukten, in Hamburg eingetroffen ist, ist nunmehr der Tankdampfer Wieldrecht mit 3500 Tonnen amerikanischen Rohöles in Hamburg eingelaufen. Es ist dies der erste Dampfer seit Kriegsausbruch, der für die Herstellung von Maschinen- und Zylinderölen einen Rohstoff brachte.

Das Kalb in der Pauke. Zwei Herren aus Charlottenburg waren in die Nähe von Landsberg a. d. Warthe gefahren, um dort zu hamstern. Zum Verbergen ihrer Waren führten sie eine große Pauke mit sich. Als diese gefüllt war, machten sie sich auf den Weg zum Abendzuge, um von Döllensradung nach Berlin zu fahren. Die Herren fielen jedoch den Sicherheitsbeamten auf, sie untersuchten die Pauke und fanden darin ein ganzes geschlachtetes Kalb, das sofort mit Beschlag belegt wurde.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Vom grünen Tisch.

Der Kreisvorstand verhandelte in seiner letzten Sitzung den Protest Sportfreundes gegen Wertung des Spieles gegen Favorit, das bekanntlich von diesen knapp mit 0:1 verloren wurde. Der Protest begründete sich auf die ungerechtfertigte Herausstellung des Spielers Schön von Sportfreunde. Der Schiedsrichter hatte diesen wegen Beleidigung herausgestellt. In der letzten Sitzung wiederholte der Unparteiische seine Gründe des Herausstellens. Er erklärte, den Schön zweimal verwarnt zu haben und ihn dann erst des Platzes verwiesen zu haben. Obwohl dies ein glatter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191004010/fragment/page=0003

Grund ... einen Spieler vom Platz zu verweisen, erkannte der Kreisvorstand dennoch die Berufung an, da sich der Schiedsrichter in Widersprüche verwickelt hätte und es nicht einwandfrei nachzuweisen sei, ob Schön wirklich den Schiedsrichter beleidigt habe. Wie wir hören, wird sich aber Favorit mit diesem Urteil nicht zufrieden geben, sondern Berufung beim Spielausschuß einlegen.

H. F. C. v. 1910 hält heute Sonnabend im Schweizerhaus seine Monatsversammlung ab. Anfg. abends 8 Uhr. — Am Sonntag spielen, trotzdem Spielverbot im Halle ist: Auf den Brandbergen: Platz V. f. B. Lettin, 3 Uhr: 1910 I gegen V. f. B. Lettin I. — 1910er Platz, ½2 Uhr: 1910 III gegen Ammendorfer F. C. v. 1910 III; 3 Uhr: 1910 II gegen V. f. B. Bitterfeld II.

Der Verband Brandenburger Ballspielvereine hat zu dem Bundespokalspiel gegen Süddeutschland folgende Mannschaft aufgestellt: Tor: Lehmann; Verteidiger: Mohns, Diemer; Läufer: Jüngel, Tewes, Harbarth; Stürmer: Herbst, Haupt, Leiser I, Reschke, Krüger. Diese Mannschaft stellt das beste dar, was der V. B. B. stellen kann. Sie sollte sich gegen den Südostdeutschen Verband glatt behaupten können.

Sportlust I tritt am kommenden Sonntag Askania I-Nietleben im Verbandsspiel der I. Klasse gegenüber. Treffpunkt der Sportlustspieler 12.30 Uhr am Hettstedter Bahnhof.

Süddeutschland stellt zu den Bundespokalspielen folgende Mannschaft: Tor: Stuhlfauf; Vert.: Schneider, Philipp; Läufer: Rottenberger, Wieta, Schmidt; Stürmer: Wunderlich, Franz, Seiderer, Träg, Forell.

Pferdesport.

Rennen zu Hamburg-Großborstel.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

I. Anfänger-Jagdrennen. 11 000 Mark. Für Dreijährige. 3200 Meter. 1. Narwal, 2. Gemsjäger, 3. Altbraa. Tot.: Sieg 38, Platz 14, 14, 22 : 10. 7 liefen.

II. Alsterdamm-Hürdenrennen. Ehrenpreis und 8000 Mark. Herrenreiten. 4000 Meter. 1. Mantel, 2. Goldstrom, 3. Rheingau. Tot.: Sieg 32, Platz 15, 13 : 10. 4 liefen.

III. Auktion-Jagdrennen. 95 000 Mark. Verkaufsrennen. 4000 Meter. 1. Pilgrim, 2. Triumph II, 3. Sonntagsmädel. Tot.: Sieg 17, Platz 18, 69 : 10. 6 liefen.

IV. Wittenkamp-Jagdrennen. 21 000 Mk. Für Vierjährige. 4500 Meter. 1. Wintersaat, 2. Sieg, 3. Götterknabe. Tot.: Sieg 35, Platz 18, 18 : 10. 6 liefen.

V. Wellingsbütteler-Ausgleich. 9500 Mark. Hürdenrennen. Für Dreijährige. 3300 Meter. 1. Polonia, 2. Corinne, 3. Düna. Tot.: Sieg 41, Platz 14, 12 : 10. 5 liefen.

VI. Preis vom Jungfernstieg. Ehrenpreis und 8000 Mk. Jagdrennen. Herrenreiten. 3200 Meter. 1. Donau, 2. Sperrfeuer, 3. Stumme von Portici. Tot.: Sieg 25, Platz 13, 22, 22 : 10. 8 liefen.

VII. Tapenbeck-Ausgleich. 11 000 Mark. Jagdrennen. Für Dreijährige. 3200 Meter. 1. Fleißige Arbeit, 2. Spreewald, 3. Digitalis. Tot.: Sieg 21, Platz 12, 12 : 10. 5 liefen.

---

751 000 Mark an Rennpreisen für die neuen Karlshorster Renntage. Die Ausschreibungen für die jüngst bewilligten fünf Renntage für Karlshorst sind erschienen. Es sind insgesamt 751 000 Mark an Rennpreisen ausgeworfen, dies bedeutet einen Durchschnitt von 21 000 Mk. für das einzelne Rennen. Die Hauptprüfungen sind wie folgt angesetzt: Am 16. Oktober wird das Haupthürdenrennen für die Dreijährigen im Werte von 40 000 Mark über 3000 Meter und der Preis von Wandsbeck, ein Herren-Jagdrennen über die 4000 Meter der Orcadianbahn im Werte von 35 000 Mark gelaufen. Der 23. Oktober bringt im Landsberg-Jagdrennen ein Herrenreiten über die 4400 Meter der Hauptbahn, das mit 40 000 Mark, und den Preis von Bindow, ein Hürdenrennen über 3500 Meter, das mit 20 000 Mark ausgestattet ist. Am 27 Oktober kommen das Herbst-Jagdrennen, ein Herrenreiten über die 5000 Meter der Hauptbahn im Werte von 40 000 Mark, und das Carlsminde-Jagdrennen, ein Ausgleich im Werte von 25 000 Mark über die 4500 Meter, zum Austrag. Am 30 Oktober stehen das Große Berliner Jagdrennen über die 4400 Meter der Hauptbahn im Werte von 100 000 Mark und das Große Hürdenrennen, ein Ausgleich über 4000 Meter im Werte von 25 000 Mark, auf dem Programm. Der Schlußtag, 3. Nov., bringt in dem Helden-Gedächtnisrennen eine Neuschöpfung. Diese Prüfung, ein Jagdrennen für Herrenreiter, über die 5000 Meter der Hauptbahn, ist mit drei Ehrenpreisen und 50 000 Mark dotiert. Ein Jagdrennen der Dreijährigen über 3800 Meter, im Werte von 40 000 Mark, schließt sich an.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Auf dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte setzte sich in der Berichtswoche die lebhafte Kauftätigkeit fort, die seit geraumer Zeit sowohl auf diesem Markte als auch an den großen Börsen zutage tritt. Es liegen andauernd große Kaufaufträge vor, die bei der Knappheit an Material nur zu steigenden Preisen zur Ausführung gelangen können. Die Annahme, daß es sich hierbei zum Teil um Auslandskäufe handelt, scheint nicht unberechtigt zu sein, jedoch geben die günstigeren Nachrichten, die über die Ergebnisse einzelner Werke der Kohlen- und Kaliindustrie in die Oeffentlichkeit dringen, auch heimischen Kapitalisten Veranlassung, neue Beteiligungen einzugehen. Am Kohlenkuxenmarkte hat die stürmische Kaufbegehr der vorhergehenden Woche nachgelassen. Das Angebot trat besonders für die schweren Werte etwas reichlicher hervor, jedoch bewahrte der Markt seine Aufnahmefähigkeit, und die Kurse hielten sich im großen und ganzen auf dem Stande der Vorwoche. Im Verkehr waren Konstantin der Große, Ewald, König Ludwig, Lothringen, Helene und Amalie und Graf Schwerin zu wenig veränderten Preisen. Von mittleren Werten zeigte sich starke Nachfrage nach Heinrich, die auf eine Ausbeuteerklärung von 300 Mk. per 1. Oktober hin ca. 800 Mk. im Kurse anziehen konnten. Wesentlich höher wurden aus der gleichen Ursache Trappe, die ca. 700 Mk. gewannen und eine Ausbeute von 75 Mk. am 1. Oktober zur Verteilung bringen. Lebhafte Kauflust war für Caroline vorhanden, die die Woche mit einem Gewinn von ca. 900 Mk. verlassen. Zu erwähnen sind ferner noch einige Umsätze zu gebesserten Preisen in Admiral. Niedriger im Verkehr waren Trier und Hermann I bis III. Von linksrheinischen Werten wurden Wilhelmine Mevissen und Diergardt ca. 300 Mk. billiger zum Verkauf gestellt, während Moers leicht befestigt lagen. Am Braunkohlenmarkte zeigte sich auf das Zustandekommen des mitteldeutschen Braunkohlensyndikates hin gute Nachfrage nach den Werten, die diesem Syndikat angeschlossen sind. Insbesondere waren gefragt und höher im Verkehr Leonhardt, Gute Hoffnung und Michel. Die übrigen Werte dieses Marktgebietes lagen ohne nennenswerte Veränderungen. Am Kalikuxenmarkte setzte mit Beginn der Berichtswoche eine erneute kräftige Kaufwelle für schwere Werte ein, die die Kurse schnell in die Höhe trieb. Besonders bevorzugt waren Neustaßfurt und Heiligenroda, die bei starker Nachfrage und knappem Angebot ca. 2000 Mk. gewinnen konnten desgleichen Glückauf-Sondershausen. Größere Umsätze zu schwankenden Preisen wurden in Alexandershall getätigt, die schließlich die Woche mit einem Gewinn von ca. 1200 Mk. verlassen. Ferner zeigte sich großes Kaufinteresse für Burbach, die ihren Kurs um ca. 1500 Mk., Kaiseroda, die ihren Kurs um ca. 1000 Mk. erhöhten. Wintershall stiegen bei einem Umsatz von nur wenigen Stücken um ca. 4000 Mk. Auch die mittleren und kleinen Werte haben zum Teil Steigerungen aufzuweisen, die ca. 800 Mk. bis 300 Mk. betragen. Es ist im Rahmen des Berichtes nicht möglich, alle Werte einzeln aufzuführen. Besonders erwähnenswert sind u. a. Bergmannssegen und Hugo, die eine Preissteigerung von ca. 1500 Mk. davontrugen, während Hohenfels ca. 1000 Mk. gewannen. Carlsfund schnellten vorübergehend um 1200 Mk. in die Höhe, mußten dann jedoch einen Teil ihres Gewinnes wieder hergeben. Ferner waren Hope, Königshall, Hindenburg, Felsenfest und Hüpstedt höher im Verkehr. Von kleineren Werten wurde der Unstrutkonzern bevorzugt, dessen Werte bei regen Umsätzen ca. 300 Mk. bis 400 Mk. gewinnen konnten. Weiter wurden u. a. Carlshall, Friedrichroda, Walter und Irmgard gehandelt. Das Interesse für Elsässerwerte hat wieder nachgelassen. Max, Marie Louise und Marie waren auf unveränderter Preislage im Verkehr, während Prinz Eugen, Theodor und Reichsland unbeachtet blieben. Am Kaliaktienmarkte konnten Adler Stamm- und Vorzugsaktien ca. 12 Proz. anziehen, ebenso konnten sich nach ihrer vorwöchigen Abschwächung Hallische Kaliwerte um einige Prozent erholen. Zu schwankenden Preisen waren Ronnenberg, Krügershall und Justus im Handel.

Einschränkung der Elbeschiffahrt.

Infolge der schwierigen Kohlenlage wird der Dampferverkehr nach der Oberelbe vom 1. Oktober ab wesentlich eingeschränkt.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 3. Oktober. Heute war es wieder die Bewegung einzelner von der Spekulation bevorzugter Werte, die dem gesamten Börsenverkehr den Stempel aufdrückte. Am Kolonialmarkt wurde Neuguinea durch lebhafte Käufe um 26 Prozent in die Höhe gesetzt; auch Otavi und Otavi-Genußscheine stiegen beträchtlich, während die übrigen gleichartigen Papiere weniger beachtet wurden. Für Daimler erhielt sich unter Fortwirkung des Gerüchts von einem Zusammenschluß des Unternehmens mit der Benz-Gesellschaft das lebhafte Kaufinteresse und führte zu einer kräftigen Fortsetzung der Aufwärtsbewegung. Von Spezialwerten sind ferner Hirsch-Kupfer als wesentlich höher zu nennen. Am Montanmarkt gab sich weiter reges Interesse für Bismarckhütte kund, und ferner hob sich bei lebhaftem Geschäft Deutsch-Luxemburger weiter. Schantungbahnaktien fanden gute Beachtung seitens der Spekulation und gewannen mehrere Prozent. Ausländische Werte waren ziemlich vernachlässigt. Deutsche Anleihen neigten eher zur Schwäche. Oesterreichische und ungarische Renten waren vernachlässigt.

Devisenkurse.

Berlin, 3. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	–,–	–,–	–,–	–,–
Holland	100 fl.	919,00	921,00	899,00	901,00
Dänemark	100 Kr.	524,25	525 75	519 25	520.75
Schweden	100 Kr	599,25	600,75	589 25	590.75
Norwegen	100 Kr.	564.25	565.75	544 25	545.75
Schweiz	100 Fr.	437 0	438 00	424.50	425.50
Wien, altes		32,45	32,55	30,95	31,05
Oesterreich, abgest.		34 45	34 55	32,95	33,05
Prag		79 65	79,85	79,65	79,85
Bulgarien	100 Leva	–,–	–,–	–,–	–,–

Konstantinopel Geld –,– Brief –,– für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 454,50 Brief 455,50 für 100 Pesetas
Helsingfors 112.25 112,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 3. Oktober. Am Produktenmarkt zogen Haferpreise infolge geringer Zufuhr weiter an. Gekauft wurde besonders seitens der nordwestlichen Häfen, zum Teil auch für die Nährmittelindustrie. Die feste Tendenz für Erbsen blieb bei sehr knappem Angebot aus dem Inlande bestehen. Peluschken und Pferdebohnen waren andauernd gesucht bei besseren Preisen. Für Wicken und Lupinen zeigte sich wenig Interesse. Die Preise für Serradella erfuhren keine bemerkenswerte Veränderung. Buchweizen war zu etwa 130 Mark für den Zentner begehrt. Heu blieb fest. Drahtgepreßtes Stroh stellte sich wieder etwas teurer.

Berlin, 3. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen 1260 bis 1290 Mk. Tendenz fest.

Die Berliner Elektrizitätswerke weisen für das Geschäftsjahr 1918/19 einen Reingewinn von 4 781 745 Mark auf (i. V. 5 749 497 Mk.), und schlagen eine Dividende von 8 (i. V. 10) Prozent auf die Stammaktien vor.

Alexanderwerke A. von der Nahmer, A.-G. in Remscheid. Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1918/19 8 Prozent (i. V. 15) Dividende vor. Außerdem hat der Aufsichtsrat beschlossen, der Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals vorzuschlagen. Der Betrag der Kapitalserhöhung steht indessen noch nicht fest. Die letzte Kapitalserhöhung um 1,5 Mill. Mark auf 5 Millionen Mark erfolgte im Jahre 1912. Die neuen Aktien wurden von dem A. Schaaffhausenschen Bankverein zu 110 Proz. mit der Verpflichtung übernommen, den alten Aktionären 1,4 Mill. Mark davon zum Kurse von 114 Proz. im Verhältnis von 5 : 2 zum Bezuge anzubieten. Das Aufgeld mit 77 002 Mark floß in den Reservefonds. Die Gesellschaft verteilte für die Jahre 1913/14 bis 1917/18 4, 6, 8, 10 und 15 Prozent Dividende, während für 1918/19, wie oben erwähnt, 8 Prozent in Vorschlag gebracht werden.

Eisenwerk Brünner Akt.-Ges., Artern. Bei einer auf den 24. Oktober cr. einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals beantragt. — Das gegenwärtige Kapital beträgt 270 000 Mk. Die letzte Kapitalserhöhung erfolgte im Jahre 1905. Die Aktien wurden damals den alten Aktionären zu 130 Proz. zum Bezuge angeboten. Die Dividenden der letzten fünf Jahre betrugen 5, 10, 15, 20 und 10 Proz. Außerdem für 1918 ein Bonus von 100 Mk. in Kriegsanleihe auf jede Aktie.

Interessengemeinschaft oberschlesischer Eisenwerke. Zwischen den Oberschlesischen Eisenindustrie-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb und der Eisenhütte Silesia ist eine Interessengemeinschaft vereinbart worden. Die Gesellschaften stehen seit Jahrzehnten in intimem Zusammenhang, in der Hauptsache durch die Herstellung des Halbmaterials seitens der einen und durch die Weiterverarbeitung seitens der anderen Gesellschaft. Die Grundlage des Interessengemeinschaftsvertrages ist folgende: Die Oberschlesische Eisenindustrie-A.-G. beliefert die Silesia zum Selbstkostenpreise, während beide Gesellschaften an ihren Gesamtergebnissen, die innerhalb der Interessengemeinschaft erzielt werden, entsprechend ihrer Aktienkapitalien beteiligt werden sollen, wie wenn eine Fusion stattgefunden hätte. Beide Gesellschaften werden in ihren Generaldirektionen Personalunion schaffen. Der Interessengemeinschaftsvertrag, in dem Kündigungsrechte vorgesehen sind, soll am 1. Januar 1920 in Kraft treten. Die Bedeutung der Interessengemeinschaft gipfelt darin, daß durch den Zusammenschluß nicht nur eine wesentliche Verbesserung in der gesamten industriellen Gestaltung beider Gesellschaften eintreten wird, sondern daß sich dadurch auch neue Ausblicke auf die technisch-kaufmännische Entwicklung eröffnen und auf die aus ihr zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile für beide Gesellschaften. Die Oberschlesische Eisenindustrie-A.-G. teilt gleichzeitig mit, daß sie die Ausgabe von weiteren 12 000 000 Mk. 4½proz. Obligationen beschlossen hat.

Aktiengesellschaft Vereinigte Norddeutsche Kaliwerke in Berlin. Dem Abschluß vom 31. Dezember 1918 zufolge ermäßigt sich der vorjährige Verlust von 439 081 Mk. auf 97 845 Mk.

Die Lage des Möbelfachs beschäftigte eingehend die in Chemnitz stattgehabte Hauptversammlung des Verbandes der Möbel- und Dekorationsgeschäfte Deutschlands. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß der Gedanke, selbst das einfachste Möbel der Luxussteuer von 16 Proz. zu unterwerfen, im höchsten Maße unsozial sei, da hierdurch gerade die minderbemittelten Schichten getroffen würden. Eine entsprechende, dem Reichstag zu unterbreitende Entschließung wurde angenommen, in der gegen die Mängel und Unklarheiten des Umsatzsteuergesetzentwurfes Einspruch erhoben und die Hinzuziehung von Fachleuten bei der endgültigen Festlegung der Steuersätze gefordert wird.

Zuckerpreise. Das Reichsernährungsamt hat jetzt folgende Preise bekanntgegeben: für Rohzucker, 88 Prozent Rendement, 51 Mark ohne Sack die 50 Kilogramm frei Magdeburg. Die Angabe wegen Verrechnung der Rendementsgrade erfolgt mit den Ausführungsbestimmungen, die später bekanntgegeben werden. Für gem. Melis I: 73 Mark ohne Sack die 50 Kg. frei Magdeburg. Schnitzel sind dem freien Verkehr überlassen worden. Für Melasse bleiben die bisherigen Bestimmungen aufrechterhalten, sie bleibt somit der Beschlagnahme unterworfen, soweit sie nicht den rübenliefernden Landwirten frei zur Verfügung gestellt wird. Die Höhe der Rübenpreise steht noch nicht fest.

Mälzerei A.-G. vormals A. Wrede in Cöthen. Eine außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft soll eine Ausdehnung des Geschäftskreises dergestalt beschließen, daß das Unternehmen auch Erzeugnisse der Lebens- und Futtermittelindustrie herstellen oder sich an derartigen Betrieben beteiligen oder sich mit ihnen zusammenschließen kann. Zusammenschluß mit Mälzereien soll ebenfalls gestattet sein.

Berliner Börse

vom 3. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4 1/2 % Dtsch. Schatzsch VI—IX	77,00
5% Dtsch. Reichsanl.	77,00
4% " "	72,25
3 1/2% " "	67,10
3% " "	65,10
4% Preuß. Konsols.	72,60
3 1/2% " "	65,50
3% " "	62,20
4% Charl. Stadtanl. 89/99	96,25
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	99,90
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	99,50
4 1/2% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	33,50
4% Ungar. Goldrente	56,50
4% Ungar. Kronenrente	34,00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	80,50
Halle-Hettstedter	67,50
Schantungbahn	155,00
Allg. Lokal-Str.	129,75
Gr. Berl. Str.	121,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	—
Orientbahn	285,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	116,75
Hambg. Südamerika	216,00
Hansa-Dampfschiff.	273,75
Nordd. Lloyd	119,84
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	161,00
Commerz-Diskonto-bank	134,00
Darmstädter Bank	117,50
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	240,00
Diskonto-Comm.	176,00
Dresdner Bank	146,00
Leipzig Credit-Anst.	141,25
Mitteld. Kreditbank	122,00
Mitteld. Privatbank	123,00
Nationalbank	115,50
Oesterr. Kredit	104,00
Reichsbank	154,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	272,00
Akt. f. Anilin	310,25
Allgem. Elektr. Ges.	214,00
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	214,50
Annaberger Steingut	208,00
Badische Anilin	430,50
Bergmann Elekt. Akt.	180,50
Berl. Masch.-Bau	223,00
Bismarckhütte	238,00
Bochumer Gußstahl	193,00
Chem.-Fabr. Buckau	140,75

Chem. Griesheim	235,00
Chem. Heyden	275,00
Consolidation Schalk	290,00
Gröllwitzer Papierfbk	209,75
Daimler Motoren	246,75
Deutsche Luxemburg	166,50
Deutsche Uebersee Elektr.	318,00
Deutsche Erdöl	380,00
Deutsche Gasglühl.	481,00
Deutsche Kali	219,50
Deutsche Waffen u. Mun.	226,00
Donnersmarkhütte	227,50
Döring & Lehrmann	134,00
Dürkoppwerke	351,00
Elberfelder Farbr.	374,75
Felten & Guilleaume	213,00
Gasmotoren Deutz	159,36
Gebhard & Co	—
Gebhard & König	168,00
Gelsenkirchen Berg	183,00
Glauziger-Zuckerfbk.	279,75
Hallesche Maschfbk.	—
Hann. Masch.	371,00
Harpener Berg	191,00
Hasper Eisen	178,00
Hirsch Kupfer	252,00
Höchster Farbw.	354,00
Hoesch Eisen u. Stahl	216,00
Hohenlohe-Werke	116,00
Humboldt Masch.	162,00
Ilse Bergbau	370,00
Kahla Porzellan	347,00
Kaliw. Aschersleben	200,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	170,75
Lahmeyer & Co.	130,00
Lauchhammer	184,00
Laurahütte	168,50
Linke & Hofmann	334,50
Ludwig Loewe & Co.	236,25
Lothringer Hütte	167,25
Mannesmannröhren	204,00
Masch.-Fabr. Buckau	172,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	143,00
do. Caro Hag.	162,75
do. Kokswerke	223,00
Orenstein & Koppel	193,50
Phönix Berg	203,00
Rhein. Metall-Verz.	205,00
Rhein. Stahlwaren	164,75
Riebeck. Montan	229,84
Rombacher Hütten	162,50
Rositzer Braunk.	140,00
Rositzer Zucker	172,25
Sangerhäuser Masch.	279,00
Hugo Schneider A.-G.	210,00
Schuckert & Co.	146,00
Siemens & Halske	194,00
Stettiner Cham.	216,75
Stettiner Vulkan	130,00
Stollberger Zinkh	169,75
Strals. Spielkarten	257,00
Thale-Eisenhütte	269,50
Triptis Porzellan	195,00
Türk. Tabakregie	571,00
Ver. Köln-Rottweiler	212,00
Ver. Glanzstoff	601,00
Wegelin & Hübner	176,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	284,50
Wittener Gußstahl	225,00
Wrede Mälzerei	130,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	437,00
Zellstoff Waldhof	208,00
Otavi-Minen.	276,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191004010/fragment/page=0004
DFG